

# Neuwahl!

## Aber welche Politik brauchen wir wirklich?

Art. 38 der Hessischen Verfassung: *Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe dem Wohl des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen... und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern.*



### Für die demokratische Kontrolle des Finanzsystems

Schon vor der Krise haben die Mechanismen des Finanzkapitalismus in allen westlichen Staaten dazu beigetragen, dass der von der Gesellschaft produzierte Reichtum immer mehr von unten nach oben zu einer kleinen Minderheit umverteilt worden ist. Um das Spielgeld für das Casino drastisch zu vermindern, müssen die Löhne erhöht, der Sozialabbau und Hartz IV gestoppt und die Transferleistungen erhöht werden. Hessen muss in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren.

**Hessen soll im Bundesrat** für Mindestlöhne sowie eine Sonderabgabe auf große Vermögen eintreten und die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen unterstützen, um die Spekulation einzudämmen und zu vermindern. Ebenso sind alle Finanzinstrumente zu regulieren. Dazu gehören auch eine Sonderabgabe auf große Vermögen, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine veränderte Erbschaftssteuer und die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen sowie die Schließung von Steueroasen. Unregulierte Finanzakteure wie Hedgefonds und Zweckgesellschaften sind gänzlich zu verbieten.

In der Finanzkrise sind nicht nur die Banken zu retten. Wir fordern für Hessen ein ökologisches Umbauprogramm sowie höhere Investitionen im sozialen Bereich und für die Bildung. Studiengebühren dürfen nicht wieder erhoben werden.

Hessen hat in vielen Bereichen (Schulen, Krankenhäusern, Personenverkehr, Kindergärten, Wasserwerke) Privatisierungsprojekte vorangetrieben, die in aller Regel die Kommunen auf längere Sicht stark belasten, die Qualität verschlechtern und die Preise in die Höhe treiben. Wir fordern deshalb den Stopp aller Privatisierungsmaßnahmen, die schon durchgesetzten oder schon geplanten sind rückgängig zu machen.

Entgegen dem von fast allen Parteien gestützten Trend, den Staat dem Kommando privatwirtschaftlicher Selbstverwaltung zu unterstellen, muss es darum gehen, die Wirtschaft, das Finanzsystem und die politischen Prozesse wieder unter demokratische Kontrolle zu bringen und Regeln durchzusetzen, die den Interessen und Lebensbedürfnissen aller Menschen entsprechen.

## Für eine Wende in der Klima- und Energiepolitik

Statt auf Klimakiller-Kohlekraftwerke und Risikotechnologie Atomkraft, setzen wir in Hessen auf eine soziale und ökologische Strom- und Energieversorgung. Das bedeutet: Abschaltung von Biblis A und B, keine Erweiterung der Kraftwerke bei Hanau und kein Neubau in Wiesbaden/Mainz zu riesigen CO<sub>2</sub>-Schleudern. Erforderlich ist ein neues regional orientiertes Konzept zum Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung wie Wind- und Sonnenenergie. Die Versorgungsnetze für Gas, Strom und Wasser gehören in die öffentliche Hand (kommunale Energieversorger ohne EON), die demokratische Kontrolle der Netzbetreiber unabdingbar.



Die Gründe für die massive Verschwendung von fossilen Energieträgern liegen vor allem im Verkehrswesen begründet.

Daher fordern wir ein Ende des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und stattdessen die Erweiterung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.



## Für eine neue Bildungspolitik

Die chronische Unterfinanzierung von Schulen und Hochschulen, marode Gebäude, miserable materielle und personelle Ausstattung und große Lerngruppen werden kaschiert mit Slogans wie „Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit, Outsourcing“. Während Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien zunehmend auf der Strecke bleiben, wird die schleichende Ökonomisierung und Privatisierung

des Bildungswesens durch Einführung betriebswirtschaftlicher Konzepte, PPP-Projekte, private Stiftungsuniversitäten, Privatschulen und private Kindertagesstätten forciert. Das Recht auf gute Bildung bleibt denjenigen vorbehalten, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen.

Um den durchschnittlichen Stand der entwickelten Industrienationen (OECD) zu erreichen, müssen die öffentlichen Ausgaben für Bildung in Hessen pro Jahr um etwa 3 Milliarden Euro erhöht werden.

## Geld ist genügend da, es muss nur anders verteilt werden!

Damit sich wirklich etwas ändert, genügt es nicht, die Stimme abzugeben. Nötig sind auch Aktivitäten von allen Bürgerinnen und Bürgern, soziale Bewegungen zu unterstützen. Nur so kann der notwendige „Druck von der Straße“ (wie PolitikerInnen und Presseleuten manchmal dieses zivilgesellschaftliche Engagement verächtlich nennen) erzeugt werden.

### Haben Sie Interesse an Veranstaltungen und Arbeitsgruppen von attac-Frankfurt?

Am 27. 1. "Jour fixe", attac-ffm in lockerer Runde um 19.30, Cafe Wiesengrund, Finkenhofstr.17.  
Am 22. 1., 20.00 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Veranstaltung mit attac-Beteiligung:  
*Ranking für "gute" Marktpolitik - Neoliberaler Ländervergleich der Bertelsmann-Stiftung*

Infos gibt es im Internet:

Oder wenden Sie sich an die Mitglieder des KoKreises. Für den KoKreis:

Wilfried Dubois, Tel. 069 / 462802 - eMail: w-dubois@t-online.de

Dirk Friedrichs, Tel. 0177 / 3276659 - eMail: dirk.friedrichs@attac.de

Heiner Hügel, Tel. 069 / 570206 - eMail: heiner.huegel@gmx.de (ViSP)

# www.attac-ffm.de